101. Stellt die mit Bezug auf die Mutter und auf die Zeit der Geburt wissentlich falsche Anmeldung der Geburt eines totgeborenen Kindes zum Standesregister ein Vergehen gegen § 169 St.G.B.'s dar? Hat ein totgeborenes Kind einen Personenstand?
St.G.B. § 169.

IV. Straffenat. Ur. v. 26. April 1910 g. R. IV 50/10.

I. Landgericht Posen.

Gründe:

Die Angeklagte hat die Geburt eines von ihr in R. tot zur Welt gebrachten Kindes bei dem Standesbeamten zu W. in der Weise zur Anzeige gebracht, daß sie einen falschen Geburtstag und ihre in W. lebende Mutter als die Mutter des Kindes angab; ihrer Anzeige entsprechend ist die Geburt des toten Kindes im Sterberegister eingetragen worden.

Die Angeklagte ist deshalb wegen Urkundenfälschung im Sinne des § 271 St.G.B.'s verurteilt, dagegen ist der Tatbestand des

§ 169 das. nicht für vorliegend erachtet worden. Die Staatsanwaltschaft sieht die Voraussetzungen des zuletzt bezeichneten Gesetzes als gegeben an; ihrem hierauf gegründeten Rechtsmittel kann jedoch Erfolg nicht zuteil werden.

Im Sinne des § 169 St.G.B.'s bezeichnet Personenstand das familienrechtliche Verhältnis einer lebenden oder verstorbenen Person zu anderen lebenden Personen (Entsch. des R.G.'s in Straff. Bd. 13 S. 129 (130), Bd. 19 S. 405 (406), Bd. 21 S. 411; vgl. auch Oppenhoff, Rechtspr. des Obertrib. Bd. 17 S. 181 flg.). Aus dieser Begriffsbestimmung folgt von selbst, daß einem totgeborenen Kinde ein Personenstand nicht zukommen kann. Die Erlangung der Rechtspersönlichkeit setzt ein selbständiges, vom Mutterleibe getrenntes Dasein voraus und vollendet sich mit dem Augenblicke der Geburt (§ 1 B.G.B.'s). Wenn auch das Erfordernis der Lebensfähigkeit nach der Geburt zur Entstehung der Persönlichkeit dem geltenden bürgerlichen Rechte fremd ist, so muß doch das neugeborene Kind nach der Geburt gelebt haben, um Rechtspersönlichkeit zu erwerben. Ein totgeborenes Kind ist niemals eine Rechtspersönlichkeit geworden. Die noch nicht geborene Leibesfrucht ist bis zum Augenblicke der Geburt lediglich ein Teil des mütterlichen Leibes ohne jedes eigene und selbständige Dasein. Wenn dessenungeachtet das geltende Recht ihr nach mehrfachen Richtungen hin gleichsam wie einer schon bestehenden Rechtspersönlichkeit Fürsorge zuteil werden läßt (§§ 1313. 1912. 1923. 1963. 2043 u. a. B.G.B.'s), so ist dadurch lediglich der Möglichkeit ihrer künftigen Entstehung als Persönlichkeit Rechnung getragen, keineswegs ist ihr damit schon für die Zeit vor ihrer Geburt Rechtspersönlichkeit zugesprochen worden mit der Wirkung, daß sie ohne Rücksicht auf ihre künftige Entstehung als „Person“ behandelt werden könnte.

Die Staatsanwaltschaft verkennt dies offenbar auch selbst nicht. Sie stützt ihr Rechtsmittel vielmehr im wesentlichen auf die besondere Vorschrift des Personenstandsgesetzes (§ 23), nach welcher auch eine Totgeburt beim Standesbeamten zur Anzeige gebracht und im Sterberegister eingetragen werden muß. Sie folgert hieraus, daß auch dem totgeborenen Kinde ein Personenstand zugesprochen werden müsse. Das Personenstandsgesetz hat es sich jedoch nicht zur Aufgabe gemacht, über die rechtliche Natur und die Voraussetzungen des Personenstandes Bestimmungen zu treffen; es regelt lediglich die Be-

urkundung der Geburten, Heiraten und Sterbefälle. Das Standesregister ist, wie sich aus den Bestimmungen des Gesetzes, insbesondere aus §§ 15 und 65 ergibt, lediglich ein Beweismittel für die den Personenstand begründenden Tatsachen, nicht dessen Grundlage selbst, und den Eintragungen in das Register ist nirgends im Gesetze rechtsbegründende Bedeutung beigelegt. Die Grundlage des Personenstandes besteht vielmehr in denjenigen tatsächlichen Umständen, an die sich nach dem geltenden Rechte die Personenstandsrechte knüpfen, gleichviel ob diese Umstände im Standesregister eingetragen sind oder nicht. Auch ohne solchen Eintrag können sie geltend gemacht und bewiesen werden (Entsch. des R.G.'s in Straff. Bd. 34 S. 427 [430]). Daraus, daß in § 23 des Gesetzes über die Anzeige der Tatsache einer Totgeburt und über deren Eintragung ins Sterberegister Bestimmungen getroffen sind, läßt sich nicht folgern, daß das Gesetz auch einer Totgeburt einen Personenstand beigegeben habe. Diese Bestimmungen finden ihre Erklärung vielmehr darin, daß für die Zwecke der Beurkundung des Personenstandes vom Gesetz auch der Tatsache, daß ein zur Welt gekommenes Kind tot geboren sei und mithin keinen Personenstand erlangt habe, Bedeutung beigelegt und deshalb die Beurkundung auch dieser Tatsache vorgeschrieben worden ist.

Vgl. Motive zu § 19 des Entwurfs des preussischen Personenstandsgesetzes vom 9. März 1874, Druckf. des Hauses der Abgeordneten, XII. Leg.-Per. 1. Sess. 1873/74, Nr. 84 S. 28.

Hiernach läßt sich der in der Literatur vereinzelt hervorgetretenen Meinung, daß auch dem Totgeborenen im Sinne des § 169 St.G.B.'s Personenstand zukomme, nicht beitreten. Insbesondere ist gegen die von v. Liszt, Lehrbuch des Strafrechts, 16./17. Auflage, § 113 II, sowie Frank, Das Strafgesetzbuch, 5./7. Auflage zu § 169 Note I geltend gemachte, übrigens ohne nähere Begründung gebliebene Auffassung darauf hinzuweisen, daß sie mit der von beiden Schriftstellern selbst vertretenen Ansicht über den Begriff des Personenstandes in Widerspruch steht.

Dem § 169 St.G.B.'s ist mithin, soweit der Angeklagten Veränderung des Personenstandes ihres totgeborenen Kindes zur Last gelegt war, mit Recht die Anwendung versagt worden. Daß auch keine Kindesunterschlebung im Sinne derselben Vorschrift vorliegt,

bedarf bei der Beschaffenheit des Falles und im Hinblick auf die dem Rechtsmittel gegebene Begründung keiner Ausführung.

Andererseits ist die Anwendung des § 271 St.G.B.'s auf das festgestellte Sachverhältnis frei von rechtlichen Bedenken.

In Übereinstimmung mit dem Antrage des Ober-Reichsanwalts war deshalb die Revision als unbegründet zu verwerfen.